V4 Bündnisgrüne Forderungen an die gemeinsame Landesplanung von Brandenburg und Berlin

Gremium:	LAG Baukultur
Beschlussdatum:	28.10.2016
Tagesordnungspunkt:	7.1. V-Anträge (Verschiedenes)

Unter https://online-beteiligung.org/lephr/ sind alle Bürgerinnen und Bürger, alle Träger öffentlicher Belange, also die Gebietskörperschaften und Körperschaften öffentlichen Rechtes sowie alle anerkannten Verbände und Unternehmen der Daseinsvorsorge, aufgerufen, sich mit Stellungnahmen bis zum 15.12.2016 zu beteiligen.

Wir rufen alle Brandenburgerinnen und Brandenburger, alle Berlinerinnen und Berliner auf, hier Ihre Interessen zu vertreten und ihre Meinung zu diesem wichtigen Baustein zur Entwicklung des Landes kund zu tun.

Der Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion (LEP-HR) setzt keine planerischen, in die Zukunft gerichteten Ziele, sondern schreibt die Entwicklung der Vergangenheit bloß fort und ignoriert in bekannter Weise die Probleme des Landes. Eine zukunftsorientierte Landesplanung muss sich an der vorhandenen Nachhaltigkeitsstrategie orientieren und Ziele sowie Aufgaben einer tragfähigen Klimaschutzplanung vorgeben. Der LEP-HR arbeitet die Mängel des derzeit noch gültigen Landesentwicklungsplans Berlin-Brandenburg (LEP-BB) nicht auf, sondern schreibt die Konzeption des „Stärken stärken“ fort und schwächt so die Ländlichen Räume. Er erkennt nicht die dynamische Entwicklung in den ländlichen Räumen der letzten Jahre an. Gerade die Kleinstädte außerhalb des Berliner Umlandes werden hierdurch entscheidend benachteiligt. Die Mobilitätsstrategie muss im LEP HR integriert werden, dabei die Anforderungen der wachsenden Metropole berücksichtigen und Stadtentwicklung und umweltfreundliche Mobilität miteinander verknüpfen.

Wir fordern die gemeinsame Landesplanung (GL) und damit die Landesregierungen auf, die Zukunftspotenziale Brandenburgs und Berlins, aber auch die Konflikte endlich wahrzunehmen und die Weichen für eine zukunftsfähige Entwicklung in allen Regionen zu stellen.

Die GL verdrängt wesentliche Probleme und Themen des Landes, indem sie diese in eigenständige Planwerke auslagert und so dem öffentlichen Diskurs beim LEP-HR entzieht: Die Braunkohle wird in eigenen Braunkohleplänen und der Flughafen im Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung (LEP FS) behandelt, beides ohne jedwede Integration in den LEP HR. Die GL tut so, als gäbe es keine Braunkohlenproblematik. In der Festlegungskarte wird der Gestaltungsraum Siedlung unmittelbar an den BER herangeführt, als wenn hier kein regionaler Konflikt zu lösen wäre. Das ist ein schwerliegender Fehler. Ferner muss hier das vom Parlament beschlossene landesplanerische Nachtflugverbot berücksichtigt werden.

Wir fordern die Regierungen von Brandenburg und Berlin auf, endlich eine integrierte und tragfähige Landesplanung für die gesamte Region aufzusetzen, die alle Themen in angemessener Weise behandelt und die Konflikte mit den

Beteiligten ausficht. Der Verdrängungspolitik muss endlich ein Ende gesetzt werden.

Das vorliegende Konzept des schlanken Planens ist abzulehnen, wenn die Regionalen Planungsgemeinschaften, die kommunalen Nachbarschaftsforen und die Kommunen und Bezirke nicht dergestalt gestärkt werden, dass sie die von der Landesplanung übernommenen Aufgaben auch tatsächlich übernehmen, sie die erforderlichen Leistungen erbringen können und wollen.

Wir fordern daher detailliertere Planungen in einem angemessenen Maßstab und eine deutliche Stärkung der nachgeordneten Planungen. Das heißt mehr Kompetenz und Mittel in Kooperationen für Kommunen, Bezirke, Planungsgemeinschaften und Nachbarschaftsforen, koordiniert mit der GL. Tragfähige Planungen brauchen eine Umsetzungsstruktur und -instrumente, sonst hinterlassen sie von der Politik enttäuschte Bürgerinnen und Bürger.

Das aus dem LEP-BB unverändert übernommene rudimentäre System der zentralörtlichen Gliederung ist nicht tragfähig. Eine verantwortungsvolle Landesplanung muss Aussagen über die Grundversorgung treffen und darf diese auch nicht an die Kommunen delegieren, ohne diesen die Instrumente hierfür zu geben. Die GL kann nicht davon ausgehen, dass alle Kommunen die Grundversorgung absichern können. Damit ist der zentrale Anspruch einer „nachhaltigen Raumentwicklung“ und die Aufrechterhaltung „gleichwertiger Lebensverhältnisse“, gefährdet.

Die rein technokratische Bewertung und Definition der Mittelzentren über Bewertungsalgorithmen ist für viele bedeutende Städte in Brandenburg fatal und zeigt den fehlenden planerischen Willen der GL. Unter Berücksichtigung der aktuellen Bevölkerungsentwicklung ist es nicht nachvollziehbar, warum Angermünde, Dahme/Mark und Luckau nicht Mittelzentren sowie Calau und Vetschau oder Fürstenberg/Havel und Lychen nicht zumindest in Funktionsteilung Mittelzentren sind. Weitere mögliche Kandidaten für Mittelzentren könnten Baruth/Mark, Fehrbellin oder Storkow (Mark) sein. Ihre wichtige und bestehende Funktion als Anker im Raum können diese bedeutenden Städte Brandenburgs ansonsten schwer erbringen. Die zu starke Bündelung von Angeboten der Daseinsvorsorge und die Konzentration von Siedlungsentwicklung auf derart wenige zentrale Orte halten wir für einen strukturellen Fehler dieser Landesplanung.

Wir fordern daher detaillierte Aussagen über die Grundversorgung im Raum, die Prüfung und Ausweisung weiterer Mittelzentren aufgrund planerischer Kriterien, damit zukunftsfähige Städte in den ländlichen Räumen eine Entwicklungschance erhalten und ihre wichtigen Funktionen für die ländlichen Räume auch weiterhin dauerhaft ausüben können.

Die grundsätzlich begrüßenswerte Entwicklung entlang des Siedlungssternes mit einem sogenannten Sprung in die zweite Reihe bedarf erstens einer starken Führung durch die GL und zweitens einer attraktiven und leistungsfähigen Infrastruktur.

Wir fordern daher:

1. Die GL muss, z.B. im Rahmen der kommunalen Nachbarschaftsforen oder der Regionalparks, mit den Gemeinden im Berliner Umland in einen Kommunikationsprozess mit dem Ziel einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung treten, will sie das Ziel des Siedlungssternes nicht an Partikularinteressen

einzelner Gemeinden verlieren. Hierfür sind genauere planerische Aussagen für das Berliner Umland in einem detaillierteren Maßstab als derzeit zu treffen.

2. Einen konsequenten und beschleunigten Ausbau der schienengebundenen Infrastruktur. Besonders hohe Bedarfe im Berliner Umland sehen wir vor allem im Anschluss der Dresdner Bahn und der Görlitzer Bahn in den Strecken nach Falkensee, Potsdam und Teltow-Stahnsdorf. Wir fordern die Landesregierungen auf, diese Projekte im Bundesverkehrswegeplan priorisiert zu verfolgen.

Die Reduktion der zusätzlichen Flächeninanspruchnahme kann nicht nur zu Lasten der ländlichen Räume gehen. Die Notwendigkeit der Intensivierung der Siedlungsentwicklung der Innenbereiche betrifft große Städte ebenso wie kleine Dörfer. Das Ziel der flächensparenden Siedlungsentwicklung entlastet auch die technische und soziale Infrastruktur und wird auch im Plan benannt. Es fehlen aber wirksame Instrumente zur Umsetzung in den konkreten Themenbereichen Gewerbe und Wohnen.

Wir fordern daher, im Landesentwicklungsplan dieses Thema nicht nur zu beschreiben, sondern auch brauchbare Instrumente zur Zielerreichung anzubieten. So müssen die Kommunen für die Identifizierung und Aktivierung der Innenentwicklungspotenziale gewonnen und gefördert werden. Dazu gehört auch eine veränderte Vergabepolitik des öffentlichen Grund und Bodens, eine gestärkte, aktive Stadtplanung und eine angepasste, nachhaltige Verkehrsplanung.

Begründung

mündlich